Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

52 (31.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Nr. 52 — Karlsruhe, Donnerstag, den 31. Januar 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten, übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. halb 8 Uhr bzw. nachm. halb 3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Der Krieg zur See.

19000 Tonnen.

Berlin, 31. Jan. (W.T.B. Amtlich.) Unseren U-Booten fielen im mittleren und östlichen Mittelmeer kürzlich 19000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraum zum Opfer. Insbesondere wurde dadurch der Transportverkehr nach Italien betroffen. U. a. wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche Bewacher und U-Bootsjäger gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 31. Jan. (W.T.B.) Auf den Seeverkehr nach Italien wirkt unser U-Bootskrieg geradezu verheerend. Dem Popolo Romano vom 2. Januar zufolge schätzt der italienische Finanzminister Nitti den Verlust der italienischen Handelsflotte im Verlaufe dieses Krieges auf 55 Prozent. Diese Entwickelung erfüllt uns Deutsche mit umso größerer Genugtuung, als das Vertrauen auf die freie Schiffahrt für Italien die selbstverständliche Voraussetzung bildete zu seinem Verrat am Dreibund und zum Anschluß an England. Nun stockt die Einfuhr von Kohlen, Erzen und Lebensmitteln. Die Eisenbahnen und selbst die Kriegsindustrie leiden not. Italien ist völlig auf die Gnade Englands angewiesen, das die Front in Venetien als Nebenkriegsschauplatz behandelt und nur hilft, wenn Italien weiter opfert für die eigennützigen Pläne der Entente.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Die internierten Gefangenen.

Basel, 28. Jan. Bis zum 20. Dezember 1917 waren von den Mittelmächten im ganzen 10677 kranke Kriegsgefangene in der Schweiz interniert; davon 314 österreichische, 201 ungarische und 959 deutsche; ferner 612 Offiziere und 8591 Unteroffiziere und Soldaten des deutschen Heeres und der Flotte. Von den Nationen der Entente befinden sich 16775 Mann in der Schweiz, davon 12520 Franzosen, 1985 Belgier, 1270 Engländer, 1841 Zivilinternierte, 762 Offiziere. Dazu kamen in der letzten Dezemberwoche noch 1613 Kriegsgefangene aus Frankreich, England und Deutschland, sodaß die Gesamtzahl 28000 beträgt. Rund 300 haben Privatwohnung, rund 3200, gesundheitlich erstarkt, verdienen ihren Unterhalt durch Arbeit. Durch Entlassung von Internierten, die von den Schweizer Aerzten als dauernd militärdienstuntauglich erklärt werden, geht diese Zahl ständig zurück. Doch soll vom Februar an mit neuer Internierung fortgefahren werden. Für den Unterhalt der Internierten haben die ausländischen Staaten der Schweiz monatlich rund 5 Millionen Franken zu vergüten.

Türkischer Kriegsbericht.

Konstantinopel, 31. Jan. (W.T.B.) Amtlicher Bericht von gestern: An den Dardanellen wurde durch Geschützfeuer der Dardanellenbatterien das englische U-Boot „E 14" bei Kumkale versenkt. 7 Mann wurden gerettet. Einem zweiten englischen U-Boot, „E. 32", wurde bei Nagara das Sehrohr abgeschossen. Dann wurde ein großer Oelfleck beobachtet, sodaß auch dieses Boot mit ziemlicher Sicherheit als vernichtet gelten kann. Durch Maschinengewehrfeuer wurde ein englisches Wasserflugzeug, System Shore, bei Nagara zum Landen gezwungen. Die Besatzung wurde gefangen; das Flugzeug unversehrt geborgen. — Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Rußland.

Der Bruch der Bolschewiki mit Rumänien.

Berlin, 30. Jan. (W.T.B.) Folgender russischer Funkspruch über den Bruch der Bolschewikis mit der rumänischen Regierung wurde verbreitet:

Die mit Verbrechen befleckte rumänische Oligarchie hat Kriegshandlungen gegen die russische Republik eröffnet. Gewohnt, ihre Herrschaft auf der Armut, Kabale und dem Blute der rumänischen Bauern und Arbeiter zu begründen, hat die rumänische Monarchie den Versuch gemacht, sich ihre Gutsbesitzer und ihre Bankiers durch Besetzung Bessarabiens und dessen Umwandlung in einen Brellbock gegen die mächtige Stimme der russischen Revolution zu retten. Die Verbrechen der rumänischen Militär- und Zivilmacht sind unzählig. Die Kommissäre und Vertreter der russischen revolutionären Truppen werden verhaftet und erschossen. Die revolutionären Truppen werden ausgehungert und entwaffnet. Bei der Rückkehr ins Hinterland werden sie mit Geschützen erschossen. An allen diesen blutigen Verbrechen nimmt eine der ersten Stellen der Oberbefehlshaber der rumänischen Truppen, Tscherbatschow, ein. Als Protest und Warnung unterzog der Rat der Volkskommissare den rumänischen Gesandten einer kurzen Verhaftung. Die Maßregel blieb ohne Wirkung. Die Verbrechen dauern fort. Der Rat der Volkskommissare verfügte: Alle diplomatischen Beziehungen mit Rumänien werden abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft und überhaupt alle Agenten der rumänischen Monarchie werden in kürzester Frist ausgewiesen. Der in Moskau aufbewahrte Goldfond Rumäniens wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Ratsgewalt nimmt auf sich die Verantwortung für die Unversehrtheit dieses Fonds und wird ihn den Händen des rumänischen Volkes übergeben. Der gegen die Revolution aufrührerische Oberbefehlshaber der rumänischen Front, Tscherbatschew, wird zum Feind des Volkes erklärt und außerhalb der Gesetze gestellt.

Ein weiterer Funkspruch besagt u. a.: Herr Diamandi mit seiner Suite ist aus den Grenzen der Russischen Republik hinausbefördert worden, wodurch die Vertreter der Ententebotschaften von der Notwendigkeit befreit wurden, immer neue Forderungen betreffs die Unantastbarkeit des Herrn Diamandi stellen zu müssen. Nachdem nun einmal nicht nur das Schicksal unseres Landes, sondern auch das Schicksal des ganzen rumänischen Volkes auf diese Karte gesetzt ist, bedeuten die getroffenen Maßnahmen eine direkte und unmittelbare Unterstützung der rumänischen Revolution, die in der Tiefe der sozialistischen Schichten Rumäniens längst herangereift ist. Diese Revolution, ihre Parteien, ihre Führer können auf die volle Unterstützung der Ratsregierung rechnen.

*

Die tyrannische Herrschaft der Bolschewiki.

Stockholm, 30. Jan. (W.T.B.) Aus guter Quelle wird mitgeteilt, daß sich das ganze politische Leben in Petersburg in krankhaften Zuckungen abspielt. Vorläufig sind der Smolny-Regierung die beabsichtigten großen Coups geglückt. Gestützt auf ihre Rote Garde und Marinetruppen war es ihr nicht allzuschwer, die Konstituante nach knapp 24 Stunden wieder heimzuschicken und an ihre Stelle den ihr bedingungslos ergebenen Konvent einzuberufen. Auch auf allen anderen Gebieten wird nach dem bewährten Rezept: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!" vorgegangen. Die Knebelung der Presse ist kaum noch zu übertreffen. Mit Ausnahme der Parteiblätter Pravda und Isvestia werden alle Zeitungen schärfstens kontrolliert und bestraft. Mit politischen Gegnern wird kurzer Prozeß gemacht. Mitglieder der Opposition sind andauernd bedroht. Wie viele Personen in der letzten Woche verhaftet worden sind, läßt sich nicht übersehen, da nur die wenigsten Fälle öffentlich zugegeben werden. Die Sensation der letzten Tage war die Ermordung der früheren Minister Tschingarew und Kokoschkin. Beide waren wegen ihres leidenden Zustandes von der Peter-Pauls-Festung nach einem Krankenhaus gebracht worden, wo sie in der Nacht nach ihrer Ueberführung von Marinesoldaten niedergeschossen wurden. Kokoschkin war sofort tot, Tschingarew starb erst nach mehrstündigen Qualen. Auf den ersten Blick trägt das Verbrechen alle Merkmale des politischen Mordes an sich. Die herrschende Kliqre weist aber jede Mitschuld von sich ab und behauptet, die Gegenseite habe die Ermordung angezettelt, um sich eine Waffe gegen die Bolschewiki in die Hand zu spielen.

Die nationalen Truppenteile.

Stockholm, 30. Jan. (W.T.B.) Das Estnische Büro in Stockholm teilt dem Vertreter des W.T.B. mit: Beinahe alle nationalen Truppenteile haben gegen das maximalistische Verbot der Bildung nationaler Armeen protestiert. Ein lettisches Regiment hat den ukrainischen Militärkongreß der Nordfront, welcher mit Wahlvorbereitungen zur konstituierenden Versammlung der Ukraine beschäftigt war, zersprengt. Die ukrainische Delegation der Nordfront wandte sich an die estnischen Truppen mit der Anfrage, ob sie unter irgend welchen Umständen gegen die Ukrainer vorgehen würden. Die Delegation erhielt den Bescheid, daß estnische Truppen unter keinen Umständen gegen die Ukrainer vorgehen werden.

Ausland.

Warum Belgien, ja — und die Ententemächte, nein?

(K.) **Lugano**, 25. Jan. Der römische Korrespondent des Corriere della Sera für vatikanische Sachen (der Genfer Narry, ehemaliger Redaktor des Moniteur de Rome) macht zum Antwortschreiben des Königs Albert und der belgischen Regierung an den Papst für dessen Augustnote die Bemerkung: „Die Tatsache, daß Belgien es für geziemend erachtet hat, der päpstlichen Note zu antworten, während die andern Alliierten geschwiegen haben, wird dadurch erklärt, daß es für die Vertretung eines in seiner Mehrheit hervorragend katholischen Volkes schwierig gewesen wäre, wenn seine Regierung der päpstlichen Note keine Antwort gegeben hätte." Zu einer derartigen Erklärung darf man nun aber doch eine Frage stellen. Ist die Mehrheit und zwar große Mehrheit des italienischen Volkes vielleicht hervorragend ... muselmanisch? ... Und das französische Volk? ... Und wozu hat Großbritannien eben während der Kriegszeit, obwohl offiziell anglikanisch, einen eigenen Botschafter beim Heiligen Stuhl ernannt? Allerdings das katholische Frankreich ist eben nicht hervorragend katholisch. Und manche hervorragenden Katholiken sind zugleich hervorragende Chauvinisten.

*

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. **Karlsruhe**, 31. Jan. 1918.

Am Regierungstisch: Justizminister Dr. Düringer und Kommissare.

Präsident Dr. **Zehnter** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Voranschlags der Justiz, des Großh. Hauses und der auswärt. Angelegenheiten wird fortgesetzt.

Abg. **Veneden** (F. V.): Der Anerkennung für unsere Justiz kenne er sich anschließen. Zu beanstanden seien nur einige Kriegsurteile wegen angeblich deutschfeindlicher Kundgebungen. Wenn einer im Unmut sich einmal scharf äußert, sollte man doch auch die allgemeine Nervosität berücksichtigen und wegen Kleinigkeiten nicht mit Gefängnis strafen. Es werde in solchen Fällen oft begnadigt, aber ein Schaden bleibt ihnen dabei doch. Ein Mann, der fünf Söhne im Felde stehen hat und auf den Verkehr mit der Schweiz angewiesen ist, hat bei einer Auseinandersetzung mit einem Unteroffizier, der sich durchaus ungehörig benahm, ein scharfes Wort gebraucht und wurde infolgedessen angeklagt; es ergab sich aber, daß er freizusprechen war, während der Unteroffizier als der Schuldige erkannt wurde. Trotzdem entzieht ihm die Militärbehörde den Durchlaßschein, so daß sein Verkehr mit der Schweiz unmöglich ist. Im Fall Kruse habe es sich um keine ehrlose Handlung gehandelt; man hätte deshalb von der Anwendung der Zange absehen sollen. Redner bittet, auch bei Verfehlungen von Jugendlichen, sie nicht alsbald zu bestrafen, sondern erst einmal zurecht zu weisen. Die Studenten, die am Kriege teilgenommen, sollen deshalb nicht schlechter gestellt werden; man sollte ihr Prüfungspatent zurückdatieren. Was die Frage der städtischen Grundbuchämter anlange, dürfe man doch auch nicht übersehen, daß die Städte viele Aufgaben übernommen haben, die eigentlich Sache des Staates sind. Eine Revision der Anwaltsgebührenordnung ist eine zeitgemäße Forderung. Wenn man einen Turnus bei den Armenprozessen aufstellt bei den Anwälten, sollte man dies auch bei den Fiskalprozessen tun.

Abg. **Wittemann** (Ztr.): Als praktischer Jurist schließe er sich den Worten des Berichterstatters für die zahlreichen Kriegsopfer aus der Rechtspflege an. Die Worte des Lobes für die Richter werden sie anspornen, noch mehr ihre Pflicht zu tun. In der Kritik müsse man sehr vorsichtig sein, weil kein Fall dem andern gleicht. Den badischen Juristen wird gratuliert zur Ernennung des neuen Justizministers. Auch die badischen Juristen haben Wünsche für den neuen Minister. Sie wollen, daß die Richter nicht hinter den Verwaltungsbeamten zurückstehen. Man sollte sie so stellen, daß sie, wenn sie sich zu Amtsrichtern eignen, zeitlebens auf diesem Posten bleiben können, ohne wegen des höheren Gehalts nach einem höheren Posten streben zu müssen. Daß die Verwaltung oft gegen den Willen des Staatsanwalts eine Verfolgung erzwingt, damit sollte aufgeräumt werden. Von der Staatsanwaltschaft weg, sollte nicht der Sprung zum Direktor gemacht werden. Ich kann dem Minister nicht beipflichten, wenn er freiwerdende Stellen nicht ausschreiben will. Die Bewertung, die der Anwaltsstand hier gefunden hat, ist sehr anzuerkennen. Es besteht die größte Wichtigkeit dafür, daß der Anwalts- und Richterstand materiell und ideell gehoben wird. Die Gerichte könnten die Belastung mit Armensachen einschränken, indem sie, namentlich in zweiter Instanz, vom Armenrecht weniger Gebrauch machen lassen. Fiskalprozesse sollten im Turnus vergeben werden. Er halte es für richtig, wenn der Oberlandesgerichtspräsident gehört werde bei Ernennung von Oberlandesgerichtsräten. In der Zeitung wurde über die Justizkommission nicht zutreffend berichtet; es wurde dort nur verlangt, wenn man nur über das Oberlandesgericht zu Direktorstellen kommen könne, müsse man diesen Weg auch allen ermöglichen. Die Sondergerichte seien kein Zug zum Guten und müssen wieder abgebaut werden. Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte muß erweitert werden; ein guter Gemeinderichter vermindert die Zahl der Prozesse. Die Bagatelle-Prozesse müssen noch mehr vereinfacht werden, als das Amtsgericht darstellt. Bei höheren Streitwerten müssen die Anwaltsgebühren erhöht werden. Nach dem Krieg werden wir lange auf die Reform des Strafgesetzbuches warten müssen; da soll möglichst mit Novellen geholfen werden. Es wird zuviel gestraft. Wenn man einen Jugendlichen unter 4 Augen vornimmt, wird soviel erreicht, als bei Strafen, für die bedingte Begnadigung erfolgt. Die Strafkammer soll mit drei Berufsjuristen und zwei Laien ausgestattet werden, dann kann das Schwurgericht entbehrt werden, das heute nicht mehr entspricht. Man spart dann auch an Leuten, die heute unnütz herumsitzen müssen. Mit Telephon, Durchschlägen und Abzügen müssen heute Kräfte erspart werden. Die Zunahme der Kriminalität hat leider starken Umfang angenommen bei Jugendlichen und Frauen. Es zeigt sich hier der Mangel, daß in der Fortbildungsschule die religiöse Unterweisung fehlt. Gerade Jugendliche und das weibliche Geschlecht sind hier zugänglich. Auch die Zwangserziehung muß konfessioneller Beeinflussung zugänglich gemacht werden. Eigentumsvergehen werden zuviel gestraft. Die Ehre ist zu wenig geschätzt, leicht wird der Kläger zum Angeklagten. Der Erlaß, wonach Vorstrafen nicht zu sehr verwertet werden, wird viel beachtet. Der Strafvollzug, obwohl viel getan wird, versagt doch; auch da muß religiös noch mehr geschehen. Es liegt noch viel im Argen und muß viel geschehen, um den Leuten wieder eine bürgerliche Existenz zu ermöglichen. Sehr gefreut hat mich die Anerkennung Dr. Blums für die Gefängnisgeistlichen Meck und Krauß. Ich bin auch der Meinung, daß sich auch ein Gefängnisgeistlicher zum Direktor besser eignet, als ein ehemaliger Soldat. Der Justizminister möge dafür sorgen, daß Kunstwerke nicht ins Ausland abwandern. Ich bin nicht in der Lage, den Ausführungen Dr. Zehnters über das Grundbuch zuzustimmen. Ein Reich, ein Recht! Ich füge hinzu: ein Unrecht! Die Denkschrift will für die Gemeinden Abschriften des Grundbuches. Die Grundbuchhilfsbeamten sollen auf dem Lande bleiben. Man ist in Baden zu besorgt. Man sollte sich auch in Baden auf das B. G.-B. beschränken und nicht versiegeln, wenn ein Sterbefall eines Elternteiles vorkommt. Man soll versiegeln, nur wo ein Bedürfnis vorliegt. Der Zweck unserer Beratungen ist, das Durchhalten zu erleichtern und dazu müssen große und kleine Mittel benützt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Banschbach** (N. V.) schließt sich in der Hauptsache dem Vorredner an und tritt dafür ein, daß das Landgericht in Mosbach bleibt. Das Grundbuch soll auf dem Lande bleiben. Die Kassenschränke haben sich nicht als feuersicher erwiesen. Er bitte um größere Nachsicht bei Verstößen der Mühlen gegen die Nahrungsversorgung.

Ministerialdirektor **Duffner**: Der Berichterstatter wünschte, daß von Begnadigungen ausgenommen werden sollen Verkehr mit Kriegsgefangenen und Wucher. Diesen Grundsatz können wir nicht anerkennen. Wir sind gewohnt, jeden Fall individuell zu behandeln. Kein Verbrechen ist so, daß es von vornherein für die Gnade ausgeschlossen sein muß. Etwa 20 Begnadigungen sind auch beim Verkehr mit Gefangenen vorgekommen. Ich gebe zu, daß im allgemeinen das Gebahren ein würdeloses, schändliches und verwerfliches ist, wenn man bedenkt, wie die fremden Nationen unsere Gefangenen behandeln; wenn man bedenkt, daß die Gefangenen wieder nach Hause kommen und sich dann dieses Sieges über deutsche Frauen rühmen, über die deutsche Frau, die sonst im Kriege so großes geleistet hat. Unter Kriegswucher fallen auch Ueberschreitungen der Höchstpreise. Da kommen auch Begnadigungen vor. Wo aber Ausbeutung der Allgemeinheit vorliegt, liegt der Fall schon anders; es gibt aber auch da Fälle, die milder beurteilt werden müssen. Wo aber unter Benützung des Ketten- und Schleichhandels unter gröblicher Ueberschreitung der Höchstpreise in voller Kenntnis der Vorschriften aus gewinnsüchtiger Absicht gehandelt wird, ist größte Strenge nötig. Banschbach hat Nachsicht für die Mühlen gewünscht. Die Mühlen sind Durchgangsposten für unreellen Handel und Ueberschreitung der Preise. Den Verstößen in den Mühlen müssen wir gerade deshalb sehr genau nachgehen. Es wird gewünscht, daß Straflöschungen erfolgen können mit der Wirkung einer vollständigen Tilgung, so daß der betreffende als Zeuge unter Eid sagen kann, er sei nicht bestraft. Wir erstreben das an. Im Wege der Bundesratsverordnung ist das nicht zu erreichen. Ebenso sollen Disziplinarerkenntnisse behandelt werden; auch dieser Anregung stehen wir wohlwollend gegenüber und sie soll bald verwirklicht werden. Das Elend der Assessoren ist bekannt. Es gibt da verheiratete Leute zwischen 35—40 Jahren, die noch auf Anstellung warten müssen. Selbstverständlich muß man solchen Leuten gegenüber tun, was man tun kann. Bezüglich der Aufhebung des § 153 der G.-O. kann ich keine Mitteilung machen. Von der badischen Regierung ist und wird vertreten, daß bei Reform des Strafgesetzbuches der Lohnstreik nicht als Erpressung behandelt werden soll. Gegen gewerbsmäßige Wilderer müssen wir schärfer vorgehen, damit das Wild durch Schleichkanäle der Allgemeinheit nicht entzogen wird. Die Vorführung mit der Zange darf man nicht beurteilen nach dem Erfolg der Untersuchung; die Anklage lautete auf Landesverrat. Für die Zukunft ist Vorsorge getroffen. Solange es geht, soll die Jugend davor bewahrt werden, vor den Schranken des Gerichts zu erscheinen. Das ist auch der Zweck des Jugendgerichts. Wenn Wittemann den Schwurgerichten das Urteil gesprochen hat so steht er damit auf gleichem Boden mit vielen Richtern. Es hängt beim Schwurgericht sehr viel vom Präsidenten ab.

Geheimrat **Kircher**: Vom Berichterstatter ist die Tätigkeit der Gefängnisgeistlichen sehr hoch eingeschätzt worden. Wir verkennen ihre große Bedeutung nicht, es wäre aber doch ungerecht, wenn man dieselbe Wertschätzung nicht auch den anderen Oberbeamten einräumen würde. Geistliche werden nicht für Direktoren in Betracht kommen, weil die Anstalten interkonfessionell sind. Der Direktor hat die Disziplinarstrafgewalt und leitet auch die Konferenzverhandlung darüber, wenn einer behauptet, er sei zu einer anderen Konfession übergetreten. Es muß darauf gesehen werden, daß diese Dinge gehandhabt werden von einem Beamten, der konfessionell indifferent ist. Wir bestreiten damit nicht, daß die Geistlichen auch als Direktoren ganz objektiv handeln würden. Konfessionelle Strafanstalten können wir aber im Interesse der Gleichheit vor dem Gesetz nicht brauchen.

Abg. **Dietrich** (natl.): Die Verluste der Gemeinden beim Grundbuch betrugen bis Ende des Jahres etwa 500000 Mark. Die Regierung sollte hinsichtlich ihrer Beteiligung noch nicht das letzte Wort gesprochen haben. Redner schlägt vor, daß die Städte später so lange nichts mehr abzuliefern haben, bis sie ihre heutigen Verluste wieder gedeckt haben. Die Städte haben im Kriege ganz enorme Lasten übernehmen müssen. Da sollte der Staat, der lange nicht so schwer belastet wurde wie die Städte, die Möglichkeit eines Ausgleichs geben. Der Ratschreiber

ist vielfach die Seele der Verwaltung in der Gemeinde. Der Notar im Umherziehen ist keine sympathische Erscheinung. Durch ihn wird aber die Stellung des Ratschreibers geschmälert. Die Stelle des Ratschreibers muß dadurch gestärkt werden, daß man ihm weitere Befugnisse erteilt, eventuell unter der Forderung weiterer Ausbildung. Die Fälle der Bestrafung von Kriegsvergehen sind auch vom Standpunkt der Gemeinde und Kommunalverbände zu betrachten, die für alle Vorgänge im Lebensmittelverkehr verantwortlich gemacht werden. Es kommt vor, daß man die Schuldigen hat, aber es geschieht nichts gegen sie, weil alle mitschuldig sind, nicht allein der Schleichhändler, sondern auch der, der von ihm kauft, so daß jeder dem anderen heraushilft. Man sollte darauf achten, daß das ehrliche Publikum durch scharfe Bestrafung gegen die Unehrlichen geschützt wird. Man darf nicht allein von der Milde reden, sondern auch von der Demoralisation. Wir waren vor dem Krieg ein ehrliches Volk, heute sind wir ein unehrliches Volk. Da muß Wandel geschaffen werden.

Abg. **Reck** (natl.): Die Landbevölkerung will die Verbringung der Grundbuchämter zu den Gerichten nicht; die Gemeinden sind dafür eingerichtet. Abschriften sind bei dem kleinen Grundbesitz sehr erschwert. Bei den Vermögensverzeichnissen in Erbschaftssachen haben nicht nur die Beteiligten, sondern auch Staat und Gemeinde ein großes Interesse an der Beibehaltung des bisherigen Zustandes.

Zum Titel Amtsgerichte bemerkt Abg. **Krauth** (natl.), daß die Regierung an die Wiedererrichtung eines Amtsgerichts in Neckargemünd in Verbindung mit dem Grundbuchamt denken möge.

Abg. **Köhler** (Ztr.): Ein Amtsgerichtsdirektor hat es abgelehnt, in eine vom Staat gemietete Dienstwohnung einzuziehen, vom Staat aber verlangt, daß er ihm die Miete von 2100 Mark bezahle. Wir sind in diesen Dingen zu luxuriös verfahren. Er möchte bitten, bei der Anmietung recht vorsichtigt zu sein. Andere Beamte müssen sich auch mit ihrem Wohnungsgelde begnügen. Der Vorsitzende des Vereins der mittleren Justizbeamten und der Gesamtvorstand wurden diszipliniert wegen eines Artikels, in dem Regierungsmaßnahmen kritisiert wurden. Er möchte bitten, daß allgemein den Beamten das Recht der Kritik in angemessener Form gewahrt bleibt. Man muß sich frei machen vom alten Polizeistaat und übergroßer Empfindlichkeit. Man muß Verständnis haben für die Arbeit des Vorsitzenden einer großen Beamtenorganisation. Wenn einmal über den Strang gehauen werde, soll nicht gleich mit dem Donnerkeil dreingefahren werden. War es notwendig, dem Beamten gleich eine Strafe von 100 Mark und einen Verweis zu geben? Bei dem heutigen Gehalt des Beamten ist das zu stark. Das Vergehen gegen den Gesamtvorstand, der die Strafe auf die Kasse übernahm — was denkt denn das Justizministerium, wenn es deshalb einen Verweis erteilt? Es ist eine Ehrenpflicht einer Organisation, daß sie in einem solchen Fall den Vorsitzenden nicht im Stiche läßt. Ich hoffe, daß unter dem neuen Minister mehr ein System des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses Platz greifen möge!

Die Abgg. **Venedey** und **Wittemann** machen persönliche Bemerkungen.

Eingegangen ist ein Initiativgesetzentwurf des Zentrums betr. die Aufhebung des § 137 des Volksschulgesetzes.

Morgen vormittag 9 Uhr Fortsetzung der Etatberatung.

*

Abschied des Präsidenten Dr. Zehnter in der Zweiten Kammer.

Nach Schluß der heutigen Kammersitzung führte Präsident Dr. Zehnter aus: Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer war die letzte, der ich zu präsidieren die Ehre hatte; da ich morgen meinen Dienst als Oberlandesgerichtspräsident antrete, so erlischt mit dem heutigen Tage mein Mandat in der Zweiten Kammer. Ich danke den Mitgliedern des Hauses für das Vertrauen und freundliche Entgegenkommen, das sie mir in der kurzen Zeit meiner Amtstätigkeit entgegengebracht haben. Ich scheide nach mehr als 18jähriger Zugehörigkeit aus der Zweiten Kammer nicht ohne eine gewisse Ergriffenheit, wie sie sich bei bedeutungsvollen Wendepunkten auf das Gemüt des Menschen zu legen pflegt. Da der Großherzog geruht hat, mich zum Mitglied der Ersten Kammer zu ernennen, werde ich in Zukunft in gewisser Fühlung mit Ihnen bleiben und ich werde Ihre Arbeit stets mit lebhaftem Interesse verfolgen und ich werde mich freuen, wenn ich den Kollegen aus diesem Hause begegne. Meine besten Wünsche begleiten Ihre Arbeiten. Hiermit gebe ich das Amt, das Sie mir übertragen haben, in Ihre Hände zurück und bitte den Vizepräsidenten Rohrhurst, die Geschäftsleitung zu übernehmen.

Abg. Rebmann (natl.): Es ist mir eine angenehme Pflicht, namens der Zweiten Kammer dem scheidenden Herrn Präsidenten herzlichen Dank zu sagen für die Art und Weise, wie er die Geschäfte der Zweiten Kammer geführt hat, wie er mit Umsicht und voller Gerechtigkeit gewaltet hat. Damit möchte ich auch dem Bedauern Ausdruck geben, daß er aus unserem Kreise scheidet. Er hat gesagt, daß er dies nicht tun könne, ohne eine gewisse Ergriffenheit. Ich begreife das und nehme an, daß er in diesen Tagen eine Rückschau gehalten hat auf seine Tätigkeit in diesem Haus. Da möchte ich es aussprechen, daß wir den Verlust seiner hervorragenden Persönlichkeit und Arbeitskraft schmerzlich empfinden und sein Ausscheiden als einen weiteren Verlust der Zweiten Kammer ansehen. (Sehr gut!) Wir danken ihm von ganzem Herzen für seine hervorragende Arbeit, die er allezeit geleistet hat und werden ihn mit der Hochachtung begleiten, die wir für seine Persönlichkeit gewonnen haben. Darüber hinaus wünschen wir ihm von ganzem Herzen für das, was ihm an seinem Lebensabend noch beschieden ist, alles Gute und wir werden uns freuen, wenn wir ihm in seiner neuen Eigenschaft als Mitglied der Ersten Kammer begegnen und uns mit ihm die alten Bande einigen werden. Zum Abschied die herzlichsten Wünsche zu seinem weiteren Lebensabend! (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses!)

Präsident Dr. Zehnter: Ich danke dem Abg. Rebmann für seine freundlichen Worte und dem ganzen Hause für seine Zustimmung. Ich kann nur wiederholen, daß ich mit wirklicher Ergriffenheit aus einer Tätigkeit scheide, die mir zwar viele Arbeit, aber auch viele Freude bereitet hat und immer eine angenehme gewesen ist. Ich wünsche den Herren das beste Wohlergehen und bitte, daß Sie mich in gutem Andenken bewahren. Damit schließe ich die heutige letzte Sitzung. (Beifall im ganzen Hause.)

Lokales.

Karlsruhe, 31. Januar 1918.

+ **Kath. Männer- und Jugendverein Karlsruhe-Beiertheim.** Anläßlich des Geburtsfestes des deutschen Kaisers trafen sich der Kath. Männer- und Jugendverein mit ihren Angehörigen, nachdem am Vormittag ein Festgottesdienst vorangegangen war, zur weltlichen Feier im „Goldenen Löwen". Mit einem flotten Marsche: „Sehnsucht nach dem Rhein" von der geschulten Jugendkapelle gespielt, und einem Kaisergedicht, wurde die Festfeier eingeleitet. Hierauf begrüßte der 2. Vorstand, Herr Braun, die Versammlung und gedachte in warmen, von Herzen gehenden Worten unseres obersten Kriegsherrn, dessen Geburtstag wir nun zum viertenmal in diesem blutigen Völkerringen feiern. Mit dem Wunsche, Gott möge unserm Kaiser in der so schicksalsschweren Zeit beistehen, schloß der Redner seine Ansprache und forderte die Versammlung zu einem begeisterten Hoch für unsern Kaiser auf, woran anschließend, stehend Heil dir im Siegerkranz gesungen wurde. Nach einem Gedicht „Die heutige Zeit" hielt Herr Pfarrkurat Frank eine wohldurchdachte Rundschau über die Lage des Krieges im Osten auf dem Balkan und Westen. Wie die Schlachten mit den Waffen, so werde jetzt eine Schlacht in diplomatischer Hinsicht geführt und müsse über kurz oder lang eine Entscheidung herbeiführen. Redner schloß seine Ausführungen mit einem warmen Appell, daß wir Vertrauen zu unserer obersten Heeresleitung haben sollen; denn sie hat es bis dahin verstanden, uns siegreich zu führen und wird es auch fernerhin bis zu einem für uns guten Ende tun. Zum Schlusse sei auch des Soldaten „Zwei Stunden Pulverwache" und der drei philosophischen Stiefelputzer gedacht, welche es verstanden haben, bei alt und jung die Lachmuskeln wieder mal in Bewegung zu bringen. So fand die Feier einen würdigen Abschluß.

:: **Selbstmordversuch.** Gestern nachmittag wurde eine 18 Jahre alte Schreibgehilfin von hier, welche aus verschmähter Liebe Blausäure und Lysol getrunken hatte, in schwer verletztem Zustande am Haydnplatz hier aufgefunden. Nachdem ihr durch eine Aerztin die erste Hilfe geleistet worden war, erfolgte ihre Verbringung in das städtische Krankenhaus.

:: **Unfall.** Eine Postaushelferin aus Busenbach stürzte gestern abend beim Einladen von Postsachen in einen Zug am Hauptbahnhof hier dadurch von einem Gerüst ab, daß der Zug abfuhr, bevor das Einladen der Postsachen beendet war. Sie erlitt eine Verletzung am linken Arm und fand Aufnahme im Neuen St. Vinzentiuskrankenhaus.

:: **Verhaftet** wurden: eine Dienstmagd aus Ettlingen, eine solche aus Durlach, sowie ein Arbeiter aus Kehl wegen Diebstahls und ein Kaufmann aus Taneba wegen Betrugs.

Die Friedens-Verhandlungen mit Rußland.

Eine Plenarsitzung in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 30. Jan. (W.T.B.) Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz des türkischen Großwesirs eine Plenarsitzung statt, die von ihm mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde.

Staatssekretär von Kühlmann teilte darauf die Entsendung des bayerischen Staatsministers von Podewils als Vertreter Bayerns zu den Verhandlungen mit. Herr Trotzki erklärte anschließend, daß in der Zusammensetzung der russischen Delegation zwei Veränderungen stattgefunden hätten, deren eine rein persönlicher Natur sei, während die andere, staatsrechtlichen und politischen Charakter tragend, die Einreihung zweier Mitglieder der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation sei. Die Regierung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen eines jedoch in Petersburg als Mitglied der Regierung des Rates der Volkskommissare zurückgeblieben sei. Herr Trotzki gab sodann erläuternd einen Ueberblick über die Zustände in der Ukraine, wo sich das ganze Bergwerksgebiet von Jekaterinoslaw und die Gouvernemente Charkow und Poltawa ganz in der Gewalt der ukrainischen Sowjets befänden. In den anderen Teilen der Ukraine geht der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tage seiner Abreise aus Petersburg hat der direkte Draht aus Kiew den Rücktritt des Kiewer Generalsekretariats gemeldet. Ein mit der Delegation dieses Sekretariates abgeschlossener Friede könne unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls schon als Frieden mit der Ukrainischen Republik angesehen werden. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertentage, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien, und wo einmütig föderative Grundlagen für die Russische Republik geschaffen würden, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariates in die hiesige russische Delegation durchaus den in der russischen Republik herrschenden Zuständen. Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußlands formell bestätigt würden.

Der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik behielt sich seine Stellungnahme bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung vor.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten die Aufschiebung der Erörterung über die Darlegung des Herrn Trotzki bis zum Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufzuschieben befürworte. Die Lage scheine die zu sein, daß zwar das Bestehen einer freien Ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften berechtigt zu sein behaupten, international eine freie Ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage gründlich prüfen.

Herr Trotzki erwiderte, für die russische Delegation sei das Bestehen einer zweiten Körperschaft auf ukrainischem Gebiet neben der Rada, die das ukrainische Volk zu vertreten beanspruche, kein Anlaß zur Stellungnahme gewesen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sich noch nicht entschlossen hatten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen berechtigt seien, sei nach dem Ergebnis des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden.

Graf Czernin schloß sich der von Staatssekretär v. Kühlmann vertretenen Ansicht an. Er gab anheim, um die Zeit nicht unnütz verstreichen zu lassen, inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen.

Herr Trotzki schloß sich diesem Wunsche an.

Talaat Pascha schloß dann die Sitzung mit dem Vorschlag, die Kommissionsverhandlungen wieder aufzunehmen, nachdem zuvor Herr Trotzki mitgeteilt hatte, daß die Untersuchung in der Angelegenheit der bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode besprochenen angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur ausgegebenen Deepsche über eine Erklärung Herrn Joffes ergeben habe, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht hinausgab. Die Entstehung dieses Mißverständnisses oder dieser Fälschung nachzuprüfen, müsse er den daran interessierten Stellen überlassen.

Rußland.

Zugunsten des Staates beschlagnahmt.

Petersburg, 31. Jan. (W.T.B.) Petersb. Tel.-Ag. Der Rat der Volksbeauftragten verfügte, daß die metallurgische Fabrik von Sestrorsk und die Flugzeugfabrik von Lansky mit allem Zubehör zugunsten des Staates beschlagnahmt werden, da die Verwaltungen der genannten Fabriken sich der Kontrolle der Arbeiter widersetzten und die Arbeit einzustellen beabsichtigten. Fälle von Arbeitsverweigerungen und Sabotage kommen vor die revolutionären Gerichtshöfe. Die Newsky-Fabrik wird Eigentum der russischen Republik und dem Handels- und Industriekommissariat übergeben. Das technische Personal soll im Amte bleiben.

Finnland.

Kopenhagen, 31. Jan. (W.T.B.) Der Sonderberichterstatter der Berlingske Tidende hatte in Helsingfors mit dem neuen sozialistischen Ministerpräsidenten Menner eine Unterredung, in der dieser erklärte, das Programm Finnlands sei, mit allen Nachbarn, Skandinavien sowohl wie Rußland, freundschaftliche Beziehungen zu erhalten unter bestimmter Wahrung der Freiheit und Selbständigkeit Finnlands. Das innerpolitische Programm der Regierung werde erst später veröffentlicht. Jedoch könne er jetzt schon sagen, daß es rein sozialistisch sei und unwiderruflich vollkommen durchgeführt werden würde, selbst wenn es zwischen der bürgerlichen und Roten Garde zu Kämpfen kommen sollte. Die Lebensmittelfrage sei sehr brennend. Man hoffe aber auf Hilfe aus Rußland. Ebenso sei man dankbar für die Hilfe aus Schweden, Dänemark und Norwegen. Die telegraphische Verbindung zwischen Petersburg und Helsingfors sei unsicher. Die skandinavischen Konsuln seien zurzeit bemüht, Sonderzüge zur Fortschaffung ihrer Landsleute aus Finnland zu beschaffen. In Helsingfors seien Gerüchte verbreitet, daß eine bürgerliche Schutzwehr sich von Norden her in Vormarsch befinde. Sowohl Dänen wie Norweger hätten die Regierung um Schutz ersucht.

Die Streikbewegung.

Berlin, 31. Jan. Die Germania gibt sich der Zuversicht hin, daß der Streik nach kurzer Zeit verpuffen werde, weil der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter als Gesamtheit sich dagegen auflehne. Indem die Sozialdemokratie bei der Richtungen sich auf ihn einließ, bewies sie eine Unklarheit der demokratischen Praxis, die ihr noch manchmal unbequem werden dürfte.

Die Freisinnige Zeitung sagt: Die Fortschrittliche Volkspartei ist während des Krieges wiederholt in der Lage gewesen, mit der alten Sozialdemokratie zusammenzugehen. Mit der neuesten Wendung der Sozialdemokratie will sie aber nichts gemein haben. Sie weist jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für die Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können.

Der sozialdemokratische Reichsausschuß war für gestern abend nach Berlin einberufen, um zu der durch die Ausdehnung des Streiks geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Er beriet über die Aufstellung eines eigenen Programms, das laut Vossischer Zeitung eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung bilden soll. Wesentlich sei die Beschränkung auf innerpolitische Forderungen und die Streichung aller von den ausständigen Arbeitern geäußerten Wünsche außenpolitischer Art. Insbesondere befaßte sich der Ausschuß auch mit der Beratung von Maßnahmen, um einer Verhetzung zum Streik im Bäckergewerbe wirksam entgegenzutreten.

Die Haltung der französischen und englischen Arbeiter.

Berlin, 31. Jan. In der Norddeutschen Allgem. Zeitung veröffentlicht das Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses Wallbaum einen Artikel über den Streik und die deutschen Arbeiterinteressen. Es heißt darin u. a.: Der springende Punkt bei der Agitation für den Generalstreik sei das Bestreben, durch eine allgemeine Arbeitsverweigerung auf die Reichsregierung einen politischen Druck auszuüben. Ebenso wie die russischen Internationalisten glaubten deutsche, durch eine Verbrüderung der Arbeiter aller Länder das Ende des Krieges rascher herbeizuführen. Darin liege ein furchtbarer Irrtum. Internationale Schwierigkeiten ließen sich nicht durch internationale Verbrüderung einer bestimmten Klasse beseitigen. In Frankreich, wo auch die Arbeiter schwer zu leiden hätten, denke man nicht daran, von dem einmal gesteckten Kriegsziel abzuweichen. Der französische Arbeiter wolle weiter kämpfen bis dieses Ziel erreicht sei. Und in England? An dem Verhalten der englischen Arbeiter, die hinter der Regierung ständen, erkenne man, daß die Hoffnung auf internationale Verständigung nicht einmal in Arbeiterkreisen geteilt werde. Der englische Arbeiter wisse, daß eine stark gesicherte Nation die Vorbedingung für eine gesunde und sichere Existenz der Arbeiter sei. Danach handelten sie. Bei uns dagegen stelle ein irregeführter Teil der Arbeiterschaft die nationalen Interessen aufs Spiel, um internationalen Phantomen nachzujagen. Dabei schädigten die Beteiligten sich und die übrige Arbeiterschaft. Und was das Schlimmste sei, sie verlängerten damit den Krieg.

Der Kriegsrat der Alliierten.

Versailles, 30. Jan. (W.T.B.) Der Kriegsrat ist heute nachmittag zusammengetreten.

Zyklon und Springflut.

Brisbane, 31. Jan. (W.T.B.) Reuter. Der Hafenmeister von Mackay meldet dem Marineministerium drahtlos: Ein Zyklon und eine Springflut haben den Hafenplatz betroffen. Bisher wurden 14 Tote geborgen. Die Stadt hat nur für zehn Tage Lebensmittel. Die General-, die Zentral- und die Northern-Eisenbahn, sowie die Telegraphenlinien sind unterbrochen. Die Regierung rüstete eine Hilfsexpedition aus. Alle in Mackay befindlichen Werften und Zuckerlager sind zerstört. Die dort liegenden Zuckermengen werden auf 800 000 Pfund Sterling geschätzt. Die Stadt ist vollständig überschwemmt. Drei Dampfer sind verloren gegangen, andere Schiffe schwer beschädigt.

Wasserstand des Rheins am 31. Januar früh:

Schusterinsel 130, gefallen 8. Kehl 229, gefallen 6. Maxau 391, gefallen 6. Mannheim 318, gefallen 8.

Voraussichtliche Witterung am 1. Februar: keine Aenderung.

Handelsteil.

Wertpapiere.

Berlin, 30. Jan. (W.T.B.) Börsenstimmungsbild. Durch die teilweise Ausdehnung der Ausstandsbewegung verharrte die Börse in Zurückhaltung. Bei mangelnder Kauflust erlitten einzelne Werte auch bei mäßigem Angebot wesentliche Kursrückgänge, so türkische Tabakaktien, Schiffahrtswerte, Hirsch Kupfer, Oberschlesische Eisenbahnbedarf und Deutsche Kali, dagegen waren Rheinisch-Westfälische Bergwerks- und Hüttenaktien etwas besser behauptet. Bergmann, Elektrizitätsaktien konnten sich im Verlaufe etwas erholen. Deutsche Anleihen blieben bei wenigen Umsätzen unverändert. Auch österreichische Renten waren behauptet.

♪ **Großh. Konservatorium für Musik.** Der Vortragsabend der Ausbildungsklassen am Mittwoch, 30. Januar, hatte folgendes Programm: 1. Konzert A-moll 1. Satz von J. N. Hummel. Frl. Martha Fell. Begleitung: Frl. Cäcilie Egenolf. 2. Rondo A-moll von W. A. Mozart. Frl. Else Becker. 3. Drei Lieder: a) Die Lotosblume von R. Schumann; b) O Jugend, o schöne Rosenzeit, c) Frühlingslied von F. Mendelssohn-Bartholdy. Frl. Klara Schüssele. Begleitung Frl. Else Beck. 4. Zwei Präludien As-dur und F-moll von F. Chopin. Herr Günther von Sanden. 5. Duett aus „Aida" von G. Verdi. Frl. Gertrud Neeff und Frl. Luise Rönnenkamp. Begleitung: Frl. Else Beck. 6. Sonate, Es-dur Opus 27 Nr. 1 von L. v. Beethoven. Frl. Ilse Sauer. Das nächste Vorspiel (Ausbildungsklassen) findet Mittwoch, den 13. Februar, abends 6½ Uhr, statt. 338

Sendet den B. B. ins Feld.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine innigst geliebte Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Amalie Dörr

geb. Schmidt

versehen mit den hl. Sterbesakramenten, nach langem, schwerem Leiden, heute früh 6¼ Uhr, zu sich zu rufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Alb. Dörr, Kanzlei-Assistent.

Karlsruhe, den 31. Januar 1918.

Trauerhaus: Durlacher Allee 22.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 2. Februar, nachmittags ½3 Uhr, statt. 339

Kanin-Felle

fertig verarbeitet zum Gebrauch, werden im Laden der **Städtischen Bekleidungsstelle, Kaiserstrasse 91,** zum Verkauf gebracht. 340

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

1000 Erdarbeiter nach auswärts.
Abkehrschein und Quittungskarte mitbringen.
1 Buchbinder (für Papierschneidemaschinen).
1 Vorarbeiter der im Mischen von Gewürzen Erfahrung hat.
1 selbständiger Konditor. 341

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe, Zähringerstraße 100.